

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

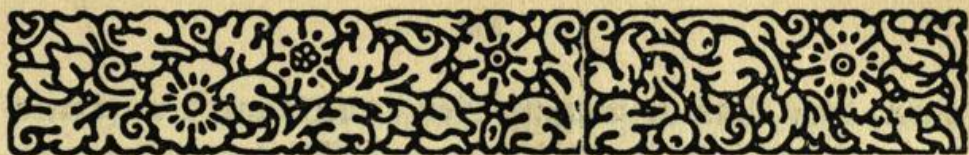
Geschichte der Stadt Potsdam

Haeckel, Julius

Potsdam, 1912

Drittes Kapitel. Politische und wirtschaftliche Entwicklung unter der Selbstverwaltung (1810 - 1910).

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-687



Drittes Kapitel.

Politische und wirtschaftliche Entwicklung unter der Selbstverwaltung (1810—1910).

1. Innere Sammlung (1810—1860).

Der Abzug der Franzosen hatte seit 1809 den Druck der Last wohl gemildert, aber nicht beseitigt.

Die Befreiungskriege brachten dann neue Lasten und große Opfer an Gut und Blut, die von der Bürgerschaft willig getragen wurden. An das große Lazarett, das hier eingerichtet und zum Teil durch Liebestätigkeit unterhalten worden, für Verwundete aus den Schlachten bei Großbeeren, Dennewitz und Leipzig, erinnert heute noch das große Denkmal am Eingange des alten Kirchhofs. Die dankbare Stadt Potsdam errichtete es am 18. Oktober 1815 für 2000 dieser tapferen und siegreichen Vaterlandsverteidiger, die in dem hiesigen Lazarett ihren Wunden erlegen waren.

Ebenso ehrte die Stadt 1889 auf demselben Kirchhof durch ein Denkmal das Andenken der Heldenjungfrau Eleonore Prochaska, (Potsdamer Soldatenkind und Zögling des Militärwaisenhauses), die als Lüzkower Jäger

unter dem Namen August Renz unerkannt dem Vaterlande diente und, im Gefecht an der Göhrde zu Tode verwundet, am 5. Oktober 1813 starb.

Die Kriegsjahre hatten den Wohlstand der Stadt vernichtet, ihr wirtschaftliches Dasein im Innersten erschüttert; es bedurfte für die Bürgerschaft der geduldigen, zähen Arbeit zweier Menschenalter, um die erlittenen Verluste allmählich auszugleichen und der ferneren Entwicklung des städtischen Lebens einen neuen, gesunden Boden zu schaffen. Obwohl Handel und Gewerbe auf Jahre hinaus darniederlagen, die Armenlast außerordentlich gestiegen war, obwohl die Kriegsschulden die Stadt zu Boden zu drücken drohten, gingen doch die städtischen Behörden im Verein mit der Bürgerschaft eifrig und zuversichtlich daran, den von der Städteordnung ihnen zugewiesenen neuen Aufgaben gerecht zu werden. Wie der preussische Staat, so mußte auch die Stadt während der nächsten Jahrzehnte vor allem darauf bedacht sein, ihre zerrütteten Finanzen zu ordnen, insbesondere sichere Einnahmequellen zu erschließen. Aber diesem Bestreben stellten sich zunächst fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen in einem Gemeinwesen, dessen Bewohner größtenteils verarmt, dessen wichtigste Gewerbe — bis auf unbedeutende Überreste — dem Untergang verfallen waren, wo eine fast hundert Jahre lang blühende, von den preussischen Königen wirksam geförderte Bautätigkeit nahezu gänzlich aufgehört hatte.

Wenn auch König Friedrich Wilhelm III. der Stadt sein unveränderliches Wohlwollen bewahrte und wiederholt helfend eingriff, so vermochte er doch — angesichts der allgemeinen Lage des Staatswesens — unmittelbare Unterstützung in dem Maße, wie seine Vorgänger, nicht zu

gewähren. Die Bürgerschaft war jetzt im wesentlichen auf sich selbst angewiesen. Schon oben (Seite 114) wurde darauf hingewiesen, wie schwer gerade Potsdam durch den Druck der Kriegsjahre, die französischen Erpressungen, die Einquartierungslasten, den allgemeinen Stillstand im Wirtschaftsleben betroffen wurde. Zahlreiche, ehemals wirtschaftlich selbständige, Bürger verarmten; viele Hausbesitzer sahen sich außerstande, die zur Unterhaltung der Häuser erforderlichen Mittel ferner aufzubringen, und gaben ihre Häuser preis. Hunderte von Frauen und Kindern der Soldaten, die in den Feldzügen geblieben waren, fielen der öffentlichen Armenpflege zur Last; die Straßenbettelei nahm in Potsdam derartig überhand, daß in der Stadtverordnetenversammlung wiederholt Klage darüber geführt wurde. Bezeichnend für den während der ersten Jahre nach den Befreiungskriegen herrschenden Notstand ist es, daß 1816 in Potsdam, einer Stadt von etwa 17000 Einwohnern, immer noch gegen 6000 Arme gezählt wurden. Dieser Not nachhaltig zu steuern, war die Stadt bei ihren geringen Mitteln nicht imstande; sie erhielt vom König regelmäßig auf das zu Beginn jedes Winters von den Stadtverordneten eingereichte Gesuch eine gewisse Menge Brennholz, das aus den königlichen Forsten der Umgebung geliefert wurde. Zu den wenigen festen Einnahmen der Armenverwaltung gehörte damals der vom Polizeidirektor Flesche ihr jährlich in Höhe von etwa 100 Talern überwiesene Teil der Erträge des Potsdamschen Wochenblatts. Derselben Quelle entstammte übrigens ein für den allgemeinen Etat der Stadtkämmerei bestimmter jährlicher Beitrag von 300 bis 400 Talern. Als im Jahre 1829 die Armendirektion sich besonders großen Schwierigkeiten gegenüber sah, forderten die Stadt-

verordneten die wohlhabenden Bürger auf, freiwillige Beiträge zu leisten; doch war der Erfolg beschämend gering.

Obwohl hiernach ein erheblicher Teil der Einwohner für die Zwecke des städtischen Haushalts als leistungsunfähig ausscheiden mußte, gelang es im Laufe der nächsten Jahrzehnte den städtischen Behörden doch, die Einnahmen der Rämmerie beträchtlich zu steigern. Während noch 1801 die Rämmerieeinnahme 6303 Taler betragen hatte, belief sich 1820 bereits auf 36 876 Taler, 1836 auf 89 874 Taler, 1850 auf 133 338 Taler. Allerdings diente diese Einnahmegrößtenteils zur Verzinsung und Amortisation der Schulden, welche die Stadtgemeinde selbst während der Kriegsjahre hatte aufnehmen müssen. In einem langwierigen Prozeß versuchte die Stadt, teilweise Ersatz vom Fiskus zu erlangen, doch wurde sie in zweiter Instanz mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Abgesehen hiervon, mußte die Stadt, um die Kosten der Truppendurchzüge, Einquartierungen und Kriegskontributionen aufzubringen, umfangreiche Darlehen bei der Provinz und bei privaten Gläubigern aufnehmen. Im Jahre 1823 wurde der Anteil Potsdams an der auf die Städte der Kurmark repartierten Kriegskontribution auf 56 255 Taler berechnet. Noch im Jahre 1850 wurden an Provinzialkriegsschuldensteuer in Potsdam jährlich 8411 Taler erhoben. Die Gesamtschulden der Stadt, aus freiwilligen Anleihen, Zwangsdarlehen, Obligationsanleihen (zu 5%) zusammengesetzt, beliefen sich 1816 auf rund 230 000 Taler. Zu dieser Zeit hatte Potsdam eine Zinsen- und Kriegsteuerlast von jährlich 66 400 Talern aufzubringen.

Den erwähnten Verbindlichkeiten standen verhältnismäßig geringe, zum Teil unsichere Einnahmen gegenüber. Potsdam war nicht, wie andere märkische Städte, in der

günstigen Lage, den Ertrag städtischer Forsten und sonstiger Ländereien als ständigen Einnahmeposten in seinen Haushaltsplan einzustellen. (Wegen der Falkenrehder Rente siehe Seite 112). Im übrigen waren die städtischen Behörden genötigt, durch Einführung neuer Steuern dem steigenden Einnahmebedürfnis der Rämmereikasse zu genügen. Die finanzielle Bedrängnis der ersten Jahrzehnte nach den Kriegen spiegelt sich in den mannigfachen Besteuerungsvorschlägen der Stadtverordneten wieder. Man versuchte, Malz, Bier, Holz und Torf zu besteuern, eine Lustbarkeitssteuer, eine Haussteuer nach der Fensterzahl, 1829 sogar „eine verhältnismäßige Abgabe auf sämtliches Feuerungsmaterial zur Bestreitung des dringendsten Bedürfnisses“ einzuführen. Doch verhielt sich die Regierung allen diesen Vorschlägen gegenüber ablehnend. Eine Hundesteuer und eine Nachtigallensteuer wurden, trotz des Widerstandes des Magistrats, schließlich genehmigt.

Da sich der Ertrag der alten Accise (siehe Seite 97) immer mehr als unzureichend erwies, so hatte Potsdam — als die erste der märkischen Städte — eine direkte Kommunalsteuer mit starker Progression eingeführt (siehe Seite 114). Nachdem das Gesetz vom 30. 5. 1820 den preussischen Städten die Erhebung einer indirekten Steuer als Zuschlag zu der staatlichen „Mahl- und Schlachtsteuer“ freigestellt hatte, schlug der Magistrat 1821 den Stadtverordneten die Einführung einer solchen Steuer vor. Auf Grund vielfacher schwieriger Verhandlungen beschloffen die Stadtverordneten am 26. 11. 1829 endgiltig nach dem Vorschlage des Magistrats einen Zuschlag von 50%.

Aber den vermehrten Ansprüchen der Steuerkasse waren die finanziellen Kräfte der Bürger vorerst nicht

gewachsen. In zahlreichen Fällen mußten Kontributions- und Kommunalsteuerreste niedergeschlagen werden; 1815 gestattete der König, „daß die Vermögenssteuerrückstände kompensiert werden mit den von der Stadt liquidierten Kriegslasten“. Er entschied endlich im April 1817, daß „die Vermögenssteuerreste der Stadt niedergeschlagen werden“. So erklärt sich die Äußerung der Stadtverordneten im Protokoll vom 1. 5. 1829: „Die von uns in Anspruch genommene königliche Gnade für unsere arme, von allen Hilfsquellen entblößte Stadt“. Unter solchen Umständen mußte die Rämmerkassa wiederholt beim Jahreschlusse ein Defizit aufweisen, dessen Deckung den städtischen Körperschaften beständige Sorge bereitete. Dem Berichte der Polizeideputation der Kurmärkischen Regierung zufolge hatte Potsdam 1816 ein Defizit von 26 400 Talern; noch 1826 wird ein Defizit von 4 300 Talern erwähnt.

Daß angesichts derartiger Schwierigkeiten zuweilen eine Stimmung des Unmuths, eine gewisse Ungeduld und Reizbarkeit bei den Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten bemerkbar wurde, ist zu verstehen. So empfehlen 1815 die Stadtverordneten dem Magistrat Sparsamkeit bei der Verwaltung der Schreibmaterialien, da „Magistrat in einem halben Jahr zwei Drittel mehr verbrauche, als sonst in einem ganzen Jahr“. In demselben Jahre entstanden Streitigkeiten zwischen den städtischen Behörden über die Art der Bestrafung der Bürger, die den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung unentschuldigt fernblieben; in der Folgezeit lehnten die Stadtverordneten wiederholt Gesuche der Magistratsmitglieder um Gehaltszulage ab.

Doch hielten solche Stimmungen nicht vor; daß sie allmählich verschwanden, ist anscheinend zum Theil dem

verdienten Oberbürgermeister St. Paul zu verdanken. In der Folgezeit stehen Magistrat und Stadtverordnete einmütig zusammen in dem Bestreben, der stetigen Weiterentwicklung der Stadt die Wege zu ebnen, vornehmlich da, wo es galt, neue Wohlfahrtseinrichtungen für die Bürgerschaft zu schaffen, so bei der Einrichtung der städtischen Sparkasse (1840) und bei dem Neubau des städtischen Krankenhauses (1848/49). Durch einen Vortrag des Buchhändlers Kiegel veranlaßt, beschloffen die Stadtverordneten am 11. Oktober 1842, um das Interesse der Bürger an der städtischen Verwaltung zu heben, bei dem Provinziallandtage zu beantragen, daß künftig die Stadtverordnetensitzungen öffentlich abgehalten werden dürften. Diese Anregung, mit der Potsdam den übrigen preussischen Städten voranging, hatte schließlich Erfolg; durch Kab. Ordre vom 19. 4. 1844 genehmigte der König zunächst, daß Berichte über die Tätigkeit der städtischen Behörden veröffentlicht würden. Die Kab. Ordre vom 23. 7. 1847 ließ die Öffentlichkeit der Sitzungen selbst zu. Am 15. Oktober 1847 fand die erste öffentliche Stadtverordnetensitzung statt.

In der bewegten Zeit der Jahre 1848/49 bewahrten die städtischen Körperschaften den manigfachen, zuweilen verwirrenden Einflüssen des politischen Kampfes gegenüber eine einheitliche Haltung. Daß durch die neue Staatsverfassung auch dem Bürger bedeutende Ziele gesteckt werden, daß er zur Mitarbeit an den Aufgaben des Staatsganzen berufen wird, erkannten die städtischen Behörden mit aufrichtiger Freude und in würdigen Worten an. Die Auswüchse des politischen Kampfes, die Überspannung der politischen Forderungen wiesen sie in entschiedener Form zurück; so machten sie am 23. 11. 1848

bekannt, daß sie mit dem Beschlusse der Nationalversammlung, die Steuerverweigerung betreffend, nicht einverstanden seien. Am 15. 6. 1848 forderten sie die Bürger zu Beiträgen für die deutsche Flotte auf. Im April 1849 begrüßten sie die von der Frankfurter Nationalversammlung gesandte Abordnung, die dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbieten sollte.

Um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, wurde 1848 in Potsdam eine Bürgerwehr errichtet. Diese mußte anscheinend bei einer vorübergehenden Ruhestörung eingreifen; wenigstens berichten die Protokolle von einer „Arbeiter-Demonstration“, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit. Hierbei wurden eine Anzahl Arbeiter von der Bürgerwehr verhaftet. Das führte zu einer Auseinandersetzung zwischen der Regierung und den Stadtverordneten, die sich gegen „die Zumutung verwahren, daß „der Stadt die Unterstützung aller arbeitsfähigen, aber arbeitslosen Individuen zur Last liege“.

In der Folgezeit wurde die städtische Verfassung in einigen wesentlichen Punkten abgeändert durch die in Potsdam am 15. Juli 1853 eingeführte neue Städteordnung vom 30. 5. 1853. Dieses Gesetz beseitigte den Unterschied von Bürgern und Schutzverwandten, führte das Dreiklassenwahlsystem für die Stadtverordnetenwahl ein, setzte die Mindestzahl der Hausbesitzer unter den Stadtverordneten auf die Hälfte der Gesamtzahl herab, erforderte endlich staatliche Genehmigung für verschiedene Maßregeln. Das innere Verhältnis zwischen den städtischen Körperschaften wurde derartig verschoben, daß nunmehr der Magistrat die führende Stellung erhielt; denn eine Anzahl von Maßnahmen hat er selbständig zu treffen, bei den übrigen bereitet er die Vorlagen vor, stimmt den

Beschlüssen der Stadtverordneten zu, beschränkt sich also nicht mehr auf die Vollziehung dieser Beschlüsse. Der wachsenden Tätigkeit des Magistrats entspricht die Vermehrung seiner Beamten, die sich von 1810 bis 1910 auf 118 verzehnfacht haben.

Die Verwaltungsarbeit der städtischen Behörden war bis zum Jahre 1860 hauptsächlich der weiteren Sicherung des Finanzwesens, den Aufgaben der Bauverwaltung, insbesondere der Straßenpflasterung und -Reinigung, endlich der Neugestaltung des Beleuchtungswesens (siehe unten) gewidmet.

Das Stadtbild zeigte im wesentlichen noch das friedericianische Gepräge an allen Straßen und Plätzen der Innenstadt. Doch erhielt es einzelne neue Züge durch mehrere öffentliche Bauten, vornehmlich durch den gewaltigen Neubau der Nikolaiirche, begonnen 1830, vollendet durch Hinzufügung der Ruppel 1850; unter König Friedrich Wilhelm III. wurden ferner das Kasino in der Waisenstraße, die alte Synagoge (1830), das alte Postamt (1828), bereits in der Vorstadt die Unteroffizierschule errichtet. In die Zeit König Friedrich Wilhelms IV. fällt die Erbauung der Husarenkaserne (1840/41), des königlichen Dampfmaschinenhauses in der alten Luisenstraße (1841/42), des Magazins in der Leipziger Straße, der Kaserne der Leib-Gendarmerie am Luisenplatz, endlich der Friedenskirche. Unter dem Einflusse der Bautätigkeit des Königs entstanden eine Anzahl Landhäuser, zumeist in klassizistischen Formen gehalten, so in der Allee nach Sanssouci, in der Jäger- und der Nauener Vorstadt. Es ist kein Zufall, daß alle diese Neubauten (seit 1840) sich außerhalb der Ringmauern erhoben, die mit ihren — zur Nachtzeit noch immer geschlossenen — fünf Land-

toren und vier Wassertoren die Innenstadt scharf von den vier Vorstädten trennten. Die neue bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Vorstädte beginnt.

Allerdings wurde die Grundfläche des Stadtgebietes bis zum Jahre 1860 nur unerheblich erweitert. St. Paul berechnet 1836 die Größe des Stadtgebietes einschließlich der Vorstädte, Äcker und Wiesen auf 3571 Morgen gleich 892,75 ha (gegen 1350,50 ha im Jahre 1905). Bereits im Jahre 1809 war die Seltower Vorstadt einverleibt worden (siehe Seite 116). 1826 gründete König Friedrich Wilhelm III. die Kolonie Alexandrowka; in 12 nach russischer Art erbauten Holz-Gehöften siedelte er eine Anzahl russischer Sängere an, die 1812 in preussische Gefangenschaft geraten waren und später mit Genehmigung des Kaisers Alexander I. dem Ersten Garderegiment zu Fuß zugeteilt wurden. Dazu kam ein Aufseherhaus im Mittelpunkt der diagonalen, dem russischen Andreaskreuz entsprechenden, Anlage und auf dem Berge eine Kapelle des Heiligen Alexander Newsky nebst einem Hause für den Kirchenältesten mit Teezimmer für den König. Die noch heute im Besitz der Krone befindlichen Anwesen werden jetzt Feldwebeln des Regiments überwiesen. 1847 wurden die Gelände des Bahnhofes und des ehemaligen Ritterguts Potsdam (an der alten Königstraße), ferner die Grundstücke von Wulfert und Grimmert am kleinen Exerzierplatze, eingemeindet.

Bereits in die Zeit König Friedrich Wilhelm III. fallen die wichtigsten Änderungen auf dem Gebiete der Verkehrswege und Verkehrsmittel: der Beginn der Dampfschiffahrt und der Bau der Eisenbahn Berlin-Potsdam-Magdeburg. Aber sie blieben noch auf Jahrzehnte hinaus ohne nennenswerten Einfluß auf das innere

Leben der Bürgerschaft und die Umgestaltung des Stadtbildes. Die im Jahre 1838 erbaute Eisenbahn verband zunächst Berlin und Potsdam; erst 1846 wurde sie bis Magdeburg verlängert; 1847 wurde die Haltestelle Wildpark eingerichtet. Unter König Friedrich Wilhelm IV. wurden den schon bestehenden Kunststraßen Potsdam—Berlin (1795), Potsdam—Brandenburg (1799) und Potsdam—Beelitz (1804) hinzugefügt die Kunststraßen Potsdam—Fahrland (1837), Potsdam—Nauen (1840/42), Potsdam—Eiche—Lindstedt—Bornim und Potsdam—Saarmund (1852).

Im Zusammenhange mit dem Bau der Straße nach Fahrland wurde die Kanalbrücke bei Nedlitz durch König Friedrich Wilhelm IV. massiv umgebaut und künstlerisch geschmückt. Ungleich wichtiger für die Stadt selbst wurde der Umbau der Glienicker und der Langen Brücke. An Stelle der hölzernen, der Zeit des großen Kurfürsten entstammenden Havelbrücke am Stadtschlosse ließ König Friedrich Wilhelm III. eine massive Brücke aus Stein und Eisen errichten, die er selbst am 31. Juli 1825 eröffnete. Nur wenige Jahre später ließ der König die Glienicker Brücke durch Prüfer nach Schinkels Entwurf neu erbauen; im Jahre 1835 wurde die Brücke von der in Potsdam weilenden Kaiserin von Rußland eingeweiht.

Als Verkehrsmittel für den auswärtigen Personenverkehr dienten bis 1840 hauptsächlich Rutschen, Landauer, Personenwagen; die Fuhrhalter Beeskow u. Sohn, ebenso Schöning und Koch beförderten täglich dreimal Fahrgäste von Potsdam nach Berlin und von da zurück. Daneben standen den Reisenden die von Berlin nach Leipzig und Magdeburg fahrenden Hauptpostwagen, sowie eine Anzahl Extraposten zur Verfügung; seit Januar 1834 fuhr

zum Anschlusse an den Berlin—Hamburger Fahrpostkurs wöchentlich zweimal eine Fahrpost von Potsdam nach Nauen. — Dem Güterverkehr dienten, wie schon im 18. Jahrhundert, sowohl Frachtwagen als auch Havelkähne. Daneben entwickelte sich seit 1818 die Dampfschiffahrt auf der Havel; schon 1817 war von der königlichen Seehandlung die Dampfschiffbauerei an der Schiffbauergasse gegründet worden. Die erste Dampfverbindung zwischen Berlin und Potsdam wird 1818 erwähnt: der Dampfer „Prinzessin Charlotte von Preußen“ beförderte den Reisenden von Berlin, „In den Zelten“ für 10 Groschen nach Potsdam; mit dem Dampfer „Friedrich Wilhelm III.“ fuhr man 1819 von Potsdam zum Königschießen nach Werder. Schon im nächsten Jahre berichtet das Wochenblatt vom Stapellauf neuer Dampfschiffe.

Dieser Zustand wurde durch die 1838 erbaute Eisenbahn nur schrittweise verändert. Bekanntlich brachte die Bevölkerung dem neuen Verkehrsmittel, das auch Friedrich Wilhelm III. nicht benutzte, vielfach starkes Mißtrauen entgegen; der Polizeidirektor suchte dem entgegen zu wirken durch eine Bekanntmachung vom Oktober 1838. Danach sollten vorerst nur 4 Züge zwischen Potsdam und Berlin verkehren, morgens und abends je 1 Zug von Pferden gezogen werden, bei Dunkelheit würde man die Geschwindigkeit um die Hälfte herabmindern, bei starkem Nebel dürfe „die Schnelligkeit unter keinen Umständen den Trab eines Pferdes übersteigen“. Die Eröffnung der Eisenbahn hatte unmittelbar zur Folge die Einrichtung des Droschkenfuhrwesens in Potsdam; vorläufig wurden 30 Droschken polizeilich zugelassen; 1849 wurde die Zahl der Droschken bis auf weiteres festgelegt auf 100. Seit 1850 fuhr der erste Omnibus (des Unter-

nehmers Beeskow) regelmäßig vom Bahnhof nach Charlottenhof und der Wildparkhaltestelle; die zweite Omnibuslinie (Glienicker Brücke—Wildpark) wurde vom 20. Juni 1850 ab eingerichtet.

Briefe und Pakete beförderte 1819, außer der Post, auch „die Botenfrau Koldhorst, die zweimal wöchentlich von Potsdam nach Berlin ging“. Noch 1850 genügte den Bedürfnissen des Potsdamer Postverkehrs ein Postamt; im Januar 1850 wurden die ersten 6 Briefkästen in der Stadt eingerichtet, zugleich 6 „Zeitungs-distributionsstellen“. 1855 richtete die Post zuerst eine „Faktagenanstalt“ (Paketbestellung) für die Stadt und die nächste Umgebung ein.

Der Neugestaltung des städtischen Beleuchtungswesens wurde oben schon gedacht. Bis zum Jahre 1849 hatte man zur Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Gebäude Lichte und Öllaternen verwendet, die mit Hanföhl, später mit Steinöl gespeist wurden. 1847 begannen die städtischen Behörden, mit verschiedenen Gesellschaften über die Einführung des Gaslichtes zu verhandeln. Die zunächst von einer Hamburger Gesellschaft im Jahre 1849 hergestellte Gasbeleuchtungsanlage gab zu häufigen Klagen Anlaß. Daher knüpfte man 1853 Verhandlungen mit der englischen Gaskompagnie an; die von dieser Gesellschaft eingerichtete Gasanstalt übernahm die Beleuchtung der Straßen mit Gasflammen vom 10. Oktober 1856 an.

Die oben geschilderte Finanzlage der Stadt läßt erkennen, mit welchen außerordentlichen Schwierigkeiten auch die erwerbstätigen Bürger während der vier Jahrzehnte nach dem Friedensschlusse zu kämpfen hatten. Potsdam hatte sein Gepräge als Industriestadt verloren; damit waren für zahlreiche Einwohner die überlieferten

Bedingungen ihres wirtschaftlichen Daseins beseitigt. Hieran konnte das zeitweilige Fortbestehen und die Neugründung vereinzelter gewerblicher Betriebe nichts ändern. Anstelle der Industriestadt entwickelte sich mehr und mehr die Beamtenstadt (siehe Seite 117) und Fremdenstadt. (Schon unter Friedrich II. war Potsdam ein Anziehungspunkt für Fremde geworden.) 1836 führt St. Paul 17 Zivilverwaltungs-, Justiz- und Militärbehörden (gegen 11 im Jahre 1814) in Potsdam auf. Dazu kam 1838 das Direktorium der Berlin-Magdeburger Eisenbahn, das hier bis 1868 seinen Sitz hatte.

Allerdings barg die Umwandlung für das Wirtschaftsleben der Bürgerschaft den Keim neuer Daseins- und Erwerbsmöglichkeiten in sich; die Vermehrung der Behörden bedingte den Zuzug einer größeren Anzahl wohlhabender Familien (etwa 300 Familien der Beamten der Regierung und Oberrechnungskammer), die als Mieter und Käufer für Hauseigentümer, Kaufleute und Handwerker in Betracht kamen. Dennoch lastete noch lange der allgemeine Stillstand in Handel und Gewerbe, der wachsende Steuerdruck, zugleich die Verarmung weiter Kreise der Potsdamer Bevölkerung schwer auf der erwerbstätigen Bürgerschaft. Nur wirtschaftliche Gründe dieser Art lagen offenbar vor, als 1822 bei der Feier des 25 jährigen Regierungsjubiläums des allverehrten Königs nur drei Stadtverordnete sich als Teilnehmer an dem im Schauspielhause veranstalteten Festmahl meldeten. Wohl aus denselben Gründen erklärte damals der Oberbürgermeister St. Paul: „am höchsten und heiligsten feiere man den Tag dadurch, daß am 16. November die Schule in der Teltower Vorstadt eröffnet werde.“ Ein unzweideutiges Zeugnis für die Stockung des geschäftlichen

Lebens, die allgemeine wirtschaftliche Not sind die überaus zahlreichen Zwangsversteigerungen und freiwilligen Versteigerungen in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Friedensschlusse.

Dazu machte sich für die Gewerbetreibenden der Wettbewerb der Hauptstadt damals trotz mangelhafter Verkehrsmittel noch empfindlicher bemerkbar, als bereits im 18. Jahrhundert. So klagt 1818 der Kaufmann Ravené, „daß hiesige Einwohner gewöhnliche Artikel ihres Bedarfs in Berlin kaufen, in dem Wahne, daß solche hier nicht zu haben sind.“ Zeitweilig erhöht wurden die Schwierigkeiten des Erwerbslebens dadurch, daß die Cholera in Potsdam während des Frühjahrs 1832, des Herbstes 1837 und im Oktober 1850 auftrat. Endlich sind gegenüber den Vorteilen, welche der Zuzug von Beamtenfamilien den Bürgern brachte, auch die Verluste zu berücksichtigen, welche ihnen durch Aufhebung oder Wegzug verschiedener Staatsanstalten und Behörden — des Lehrerseminars (1846), der Gewehrfabrik (1855), der Eisenbahndirektion (1868) — erwachsen.

Früher hatte auf 199 Potsdamer Hausgrundstücken die Verpflichtung geruht, die Häuser ausschließlich zum Fabrikbetriebe zu benutzen; diese Verpflichtung wurde 1812 abgelöst. Man zählte 1816 in Potsdam neben 1516 Privatgebäuden und 73 Militärgebäuden nur noch 29 Gebäude für Fabrikzwecke. In der Folgezeit nahm allerdings diese Zahl wieder zu, da einmal verschiedene alte Manufakturbetriebe von neuem Boden zu gewinnen suchten, sodann einige größere Betriebe neu begründet wurden. Unter diesen sind namentlich zu nennen die Dampfschiffbauerei (1817) und die Dampfmühle in der Brandenburger Vorstadt (1841/42), beide gegründet

von der Seehandlung; ferner die Jacobs'sche Zuckerfabrik. Wie im 18. Jahrhundert, so stellte auch jetzt die Gewehr-
fabrik in der Waisenstraße mit etwa 200 Arbeitern und
Beamten einen der wichtigsten gewerblichen Betriebe dar.
Der Staat kaufte die Fabrik 1852 und verlegte sie 1853/55
nach Spandau. Die altberühmte Tabakfabrik in der
Schockstraße 27/28, von Samuel und Pierre Schock, zur
Zeit Friedrich des Großen gegründet, wurde 1825 von
Schock's Erben an eine Berliner Firma verkauft; einige
Jahre später wurde der Betrieb eingestellt.

Die Seidenindustrie hatte nach 1806 nur ein
kümmerliches Dasein gefristet. Immerhin hatten Stieff
und Sommerburg noch am Bassin kleine Fabriken. Erst
1831 legte Stieff in der Behlertstraße unter Sammlung
des alten Arbeiterstammes mit frischem Zuzug aus Schlesien
und dem Rheinland eine größere Fabrik an, die mit Atlas-
ausfuhr nach Amerika in der Mitte der 1850 er Jahre
ihre größte Ausdehnung erreichte (70—80 Stühle). Heute
beschränkt sie sich auf Herstellung von Namenssetiquetten.

Stieff pflegte auch den Seidenbau hinter der Fabrik
mit eigener Plantage und unter Verwendung von Cocons
und Maulbeerblättern aus Bornstädt und Glienick. Doch
ließ er 1854, als die Raupen erfroren, und auch weil
schlecht gehaspelt wurde, den Seidenbau wieder eingehen.

In der Mitte der 1820 er Jahre war tatkräftigen
Privatmännern die Wiederbelebung des Seidenbaues in
der Kurmark gelungen. Wieder ging Potsdam als Muster
voran. Der um die Waisenpflege hoch verdiente Regierungs-
rat von Türk (siehe Seite 229) legte am Griebnitzsee bei
seinem Türkschhof, der noch heute im Besitz seiner Familie
ist und in seiner schlichten Erscheinung inmitten der an-
spruchsvollen Villen von Neubabelsberg an bescheidenere

Handfabrik
nach
zum
Lohn
gekauft
5. März 1919
Chemnitz
H.K.
1931.

Zeiten erinnert, eine Maulbeerplantage an. Er machte das Glienicker Schloß, das zu Friedrichs II. Zeiten Tapetenfabrik von Joel gewesen war, zur Seidenbauanstalt. Auch diese Bestrebungen fanden mit dem Verschwinden der norddeutschen, ganz von Crefeld übernommenen, Seidenindustrie nach 1860 ein Ende. Zwar wurden in den 1860 er Jahren von den Hofgärtnern Sello in Sanssouci und Fintelmann auf der Pfaueninsel noch einmal erfolgreiche Versuche mit Seidenraupen und, als die Ruhr herkam, mit Rizinus- und Götterbaum-Spinnern gemacht. Auch wurden die Lehrer und Küster der Umgegend angeleitet. Aber ebenfalls ohne Dauer, weil außer Heese in Berlin sich die Seidenfabrikanten nicht dafür interessierten. Ebenso ging es mit Versuchen, die 1891 durch einen Seidenzüchter aus dem Kaukasus auf Amt Bornim gemacht wurden, um die noch heute zahlreichen Maulbeerbäume dieser Gegend nutzbar zu machen.

Verhältnismäßig viele mittlere und kleine Betriebe werden 1828 im Gebiete des Bekleidungs-, des Braugewerbes und der Holzindustrie gezählt. Damals bestanden in Potsdam 120 Handwebereien für Wolle, Baumwolle und Seide, 5 Hutfabriken, 10 Knopffabriken, 16 Gerbereien, 5 Färbereien, 7 Nagelschmiede, 48 Müller, 20 Schnapsbrennereien (gegen 91 im Jahre 1800), 21 Brauereien (gegen 139 im Jahre 1800), von denen wohl die meisten das alkoholarme, an Malz und Malzzucker reiche Brau-
bier erzeugten. Die Brettschneidereien, 30 an der Zahl, waren hauptsächlich vor dem Brandenburger Thor gelegen, insbesondere auf dem jetzigen Luisenplatz. Den Zwecken des Fremdenverkehrs, der für die Stadt und ihr Erwerbsleben bereits bedeutsam war, dienten 22 Hotels und Gasthöfe (gegen 36 im Jahre 1798).

*Smith
Bornim
1 Loggelle
Bornim
1 Berlin
H. 1931*

Noch für das Jahr 1836 kann St. Paul in seiner Chronik 120 als Fabriken, Mühlen, Magazine dienende Gebäude — neben 1531 Bürgerhäusern und 219 öffentlichen Gebäuden — aufführen. Nach seiner weiteren Angabe sind 1836

im Handwerk	660
in Gewerbebetrieben	513

insgesamt 1173 Personen

beschäftigt (gegen 1760 Arbeiter „verschiedener Manufakturen“ im Jahre 1800); damals wurden 110 große und 462 kleine Kaufleute in Potsdam gezählt. Aber die gewerblichen Betriebe gingen in der Folgezeit größtenteils zurück; sie unterlagen mit wenigen Ausnahmen — Brauerei und Holzindustrie — im Kampfe mit dem Großkapital und dem Maschinenbetrieb.

Gegen Ausgang der Regierungszeit König Friedrich Wilhelms IV. sind — abgesehen von den oben genannten größeren Betrieben — bemerkenswert: die Dampfschokoladenfabrik von E. F. Niethe (Am Schlosse Nr. 1), die Tuchfabrik von Busse (Kanal 66), die Elmhörstische Dampfmahlmühle (vor dem Seltower Tor), die Kneibische Dampfschneidemühle (Luisenstraße 25), die Brauereien von Udelung u. Hoffmann (Leipziger Straße 12; Hoffmann war 1826 auf Staatskosten zur Erlernung der bayrischen Bierbrauerei nach München geschickt worden) und von Müller (Sunterstraße 70), sowie die Eisenbahnwerkstätte. Daß aber um diese Zeit sich wieder frisches Leben in Handel und Gewerbe regte, daß den Bürgern Selbstvertrauen und Unternehmungsgeist zurückgekehrt waren, beweisen die ersten Ausstellungen, die hier veranstaltet wurden: die Potsdamer Gewerbeausstellung des Gewerbe-

lieft
falsch
bestimmten
auf
929

vereins im Jahre 1846, die Potsdamer Blumenausstellung (1849) und die Potsdamer Pflanzen- Blumen- und Frucht- ausstellung (1851).

Der allmählichen Besserung und Festigung der wirtschaftlichen Zustände entspricht das stetige Wachstum der Einwohnerzahl, das sich aus folgender Übersicht ergibt:

Jahr	Seelenzahl, ohne Militär
1810	17 169
1813	15 426
1820	19 619
1830	23 930
1840	26 936
1849	31 394
1858	33 968

Die Seelenzahl hat also von 1813 bis 1855 um mehr als das Doppelte zugenommen.

Wesentliche Vorteile brachte der Stadt, insbesondere den gewerbetreibenden Kreisen der Bürgerschaft, die einheitliche Gestaltung des bisher vielfach zersplitterten Gerichtswesens. Noch unter König Friedrich Wilhelm III. herrschte in der Rechtspflege eine Zerrissenheit und Bunt- scheckigkeit, wie wir sie uns heute kaum vorstellen können. Besondere Gerichte bestanden für einzelne Stadtbezirke, für die Beamten und Arbeiter einer Reihe von Behörden. 1808 hatte man die eigene Gerichtsbarkeit der französischen Kolonie, 1809 die Militärgerichtsbarkeit (ausgenommen die Strafrechtspflege für Militärpersonen), 1810 das Gericht der Hofgartenintendantur aufgehoben. Bis zum Jahre

1808 waren die Ämter des Stadtgerichts und des Magistrats vereinigt gewesen; nach der Einführung der Städteordnung wurde der bisherige Justiz-Magistrat umgewandelt in das königliche Stadtgericht. Doch hatte die Stadt fernerhin die Justizkosten zu tragen, soweit die Gerichtsgefälle nicht ausreichten; demgemäß zahlte Potsdam nach den Befreiungskriegen jährlich etwas über 1000 Taler an den Justizfiskus. 1821 wurden zwar auf Grund des neuen Abgabengesetzes die Barleistungen der Städte aufgehoben, doch blieb die Gefängnisbaulast und die Kriminalkostenlast für die Stadt bestehen.

Das jetzige Amtsgerichtsgebäude in der Lindenstraße hatte bis 1817 den Stadtverordneten für ihre Sitzungen gedient. Von da ab überließen es die städtischen Körperschaften dem Justizfiskus zum Nießbrauch; 1818/20 wurde es auf Kosten des Königs umgebaut; hierauf bezieht sich die Inschrift über den Haupteingang: „Königshuld und Bürgerfinn dem Stadtgerichte“. 1843 überließ die Stadt — gegen Ablösung der Gefängnisbaulast — das Gerichtsgebäude mit dem nördlich angrenzenden Schulhause dem Justizfiskus zum Eigentum. Die eigene Gerichtsbarkeit der Gewehrfabrik wurde 1836, das Gericht des Militärwaisenhauses, das die Gerichtsbarkeit in Vormundschafts- und Nachlasssachen für das gesamte Stadtgebiet in Anspruch nahm, wurde 1849 aufgehoben. Gleichzeitig wurde das königliche Justizamt Potsdam, das die Gerichtsbarkeit mehrerer Domänen-Ämter über die Dörfer um Potsdam, bis 1818 auch über die Teltower Vorstadt und einige Enklaven in anderen Vorstädten, ausübte, mit dem Stadtgericht vereinigt. Infolge der 1849 vollzogenen Neugestaltung der preußischen Gerichtsverfassung wurde Potsdam der Sitz eines Kreisgerichts, das Teile der Kreise

Osthavelland, Teltow und Zauche-Belzig mit umfaßte und etwa dem heutigen Amtsgerichtsbezirk nebst Werder entsprach, sowie Sitz eines großen Schwurgerichts, das im Gebäude des Stadtgerichts tagte. Völlig losgelöst wurde die Justiz von der Stadt erst 1856, als der Staat die Kriminalkostenlast der Stadt gegen Zahlung einer jährlichen Rente von 1050 Talern abnahm.

Das Jahr 1849 brachte übrigens auch die Aufhebung des für Bau und Instandhaltung von Potsdamer Häusern noch bestehenden Königlichen Immediat-Baufonds, dessen Übernahme in den Staatshaushalt der Landtag trotz Fürsprache der Potsdamer Abgeordneten ablehnte. Die Bautätigkeit hat nicht darunter gelitten.

Wenn auch die Stadt infolge ihrer Armut vier Jahrzehnte lang nahezu außerstande war, neue, der öffentlichen Wohlfahrt dienende Anstalten — von der Sparkasse, dem Krankenhause, der Pflege des Schulwesens abgesehen — zu schaffen, so entstanden doch gerade während dieser Zeit Dank der Tatkraft und dem gemeinnützigen Sinn mehrerer Bürger eine Reihe bedeutsamer, noch heute blühender Wohlfahrtsanstalten. Wegen der pädagogischen Richtung ihrer Stifter werden sie unten S. 229 besprochen werden. Hier seien nur zwei Männer erwähnt.

Der Kaufmann August Friedrich Eisenhart, eines Potsdamer Materialisten Sohn und eines Predigers Enkel, gab als einzig übriggebliebenes Kind seiner Eltern das Rechtsstudium auf, um das väterliche Geschäft in jungen Jahren zu rascher Blüte zu bringen. Durch geschickte Ausnutzung der Kontinentalsperre begründete er seinen Wohlstand, den er durch Anlage in niedrig stehenden, später voll eingelösten Staatspapieren in Reichthum verwandelte. Sparsame und doch nicht dürftige Haushaltung,

peinliche Ordnung, edles Wohltun in der Stille, Pflichttreue im Amte als unbesoldeter Stadtrat und in zahlreichen Ehrenämtern machten ihn zum leuchtenden Vorbild des Bürgers.

Als er am 13. 3. 1846 fast 73 jährig starb, hatte er fast die Hälfte seines Vermögens, an dessen Höhe man erst nicht glauben wollte, zu wohltätigen Zwecken seiner Vaterstadt bestimmt, ohne seine Verwandten (sein einziges Kind war früh gestorben) zu vernachlässigen. Er errichtete in seinem Testament, mit weitschauendem Blick spätere städtische Aufgaben lösend, eine Reihe von Stiftungen zum öffentlichen Nutzen; aus den insgesamt 193000 Taler betragenden Stiftungsmitteln wurden insbesondere 1848 die nach dem Stifter benannte Heilanstalt (für bemittelte Bürger), ferner die Freischule in der Garde du Corpsstraße und die Leichenhalle des alten Friedhofs erbaut, endlich Freistellen am Gymnasium und der höheren Bürgerschule begründet. Die Stadt ehrte das Andenken ihres besten Bürgers, indem sie nach ihm die frühere Kirchhofstraße in der Nauener Vorstadt benannte, sein Bild im Sitzungssaale der Stadtverordneten aufhängen ließ und ihm 1909 ein Denkmal in den Anlagen am Schauspielhause vor seinem ehemaligen Geschäftshause errichtete.

Ebenso überwies der Stadtrat Jacobs, Besitzer der Zuckersiederei am Blücherplatz Nr. 4, der Stadt bei Lebzeiten große Summen zu Unterrichts- und Erziehungszwecken; z. B. schenkte er 1854 der Realschule die physikalischen Unterrichtsapparate; für die Zwecke der Frankischen Erziehungsanstalt stiftete er 5000 Taler.

2. Aufwärtsbewegung mit Preußen und dem Reiche. (1860—1890).

Der allgemeine, zu Beginn der Regierung König Wilhelms I. einsetzende Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland, die großen politischen Ereignisse der Jahre 1864, 1866, 1870/71 und das umfassende Werk der Reichsgesetzgebung übten naturgemäß auch auf die Entwicklung des städtischen Lebens in Potsdam einen nachhaltigen Einfluß aus. Auf allen Gebieten gewahren wir ein rüstiges Vorwärtstreiben, gekennzeichnet durch Neuschöpfungen verschiedener Art. Schon äußerlich zeigt sich diese Aufwärtsbewegung in dem Wachstum der Einwohnerzahl, die sich von 1861 bis 1890 um rund ein Drittel vermehrt hat:

Jahr:	1861	1871	1881	1890
Seelenzahl	34 870	38 359	40 095	48 402

Ein abweichendes Bild ergibt folgende Übersicht der Geburten und Sterbefälle:

Jahr	1875	1881	1890
Geburten	1 322	1 425	1 452
Sterbefälle	1 169	1 136	1 165

Die Vermehrung der Einwohnerzahl ist hiernach anscheinend nicht auf die Zunahme der Geburten, sondern

zu einem erheblichen Teil auf auswärtigen Zuzug zurückzuführen. Die Zahl der Sterbefälle hat sich — den allgemeinen Ergebnissen der preussischen Bevölkerungsstatistik entsprechend — infolge der Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse vermindert.

Von den erwerbstätigen Einwohnern waren 1882 in Handel und Gewerbe 10 552 Personen beschäftigt, also rund ein Viertel aller Einwohner; gezählt wurden damals insgesamt 4069 Betriebe; davon standen an erster Stelle das Bekleidungs-gewerbe mit 1659 Betrieben und 2315 Personen, das Handelsgewerbe mit 768 Betrieben und 1563 Personen, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 211 Betrieben und 688 Personen. Das für Potsdam nach wie vor wichtige Brauereigewerbe wies 1882 nur noch 10 Betriebe (gegen 13 i. J. 1849 und 21 i. J. 1830) auf mit 191 Personen. Hier spielt sich derselbe Vorgang, wie in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ab: die kleineren Betriebe werden aufgesogen von den großen Betrieben, die selbst ihre Betriebsmittel verstärken und ihr Absatzgebiet erweitern.

Gärtnerische und landwirtschaftliche Betriebe wurden 1882 noch insgesamt 228 gezählt. In welchem Maße während dieses Menschenalters insbesondere die Bedeutung des Handelsstandes in Potsdam gewachsen ist, läßt folgende Übersicht erkennen:

Jahr:	1865	1870	1875	1880	1885	1890
Voll- kaufleute	268	276	303	352	379	411
Minder- kaufleute	518	593	592	671	693	666

Der günstigen Entwicklung des Verkehrs- und Gewerbslebens entsprach die Gestaltung der städtischen Finanzen. Die beträchtliche Vermehrung des Rämmereivermögens und den jeweiligen Stand der Einnahmen und Ausgaben macht folgende Zusammenstellung ersichtlich:

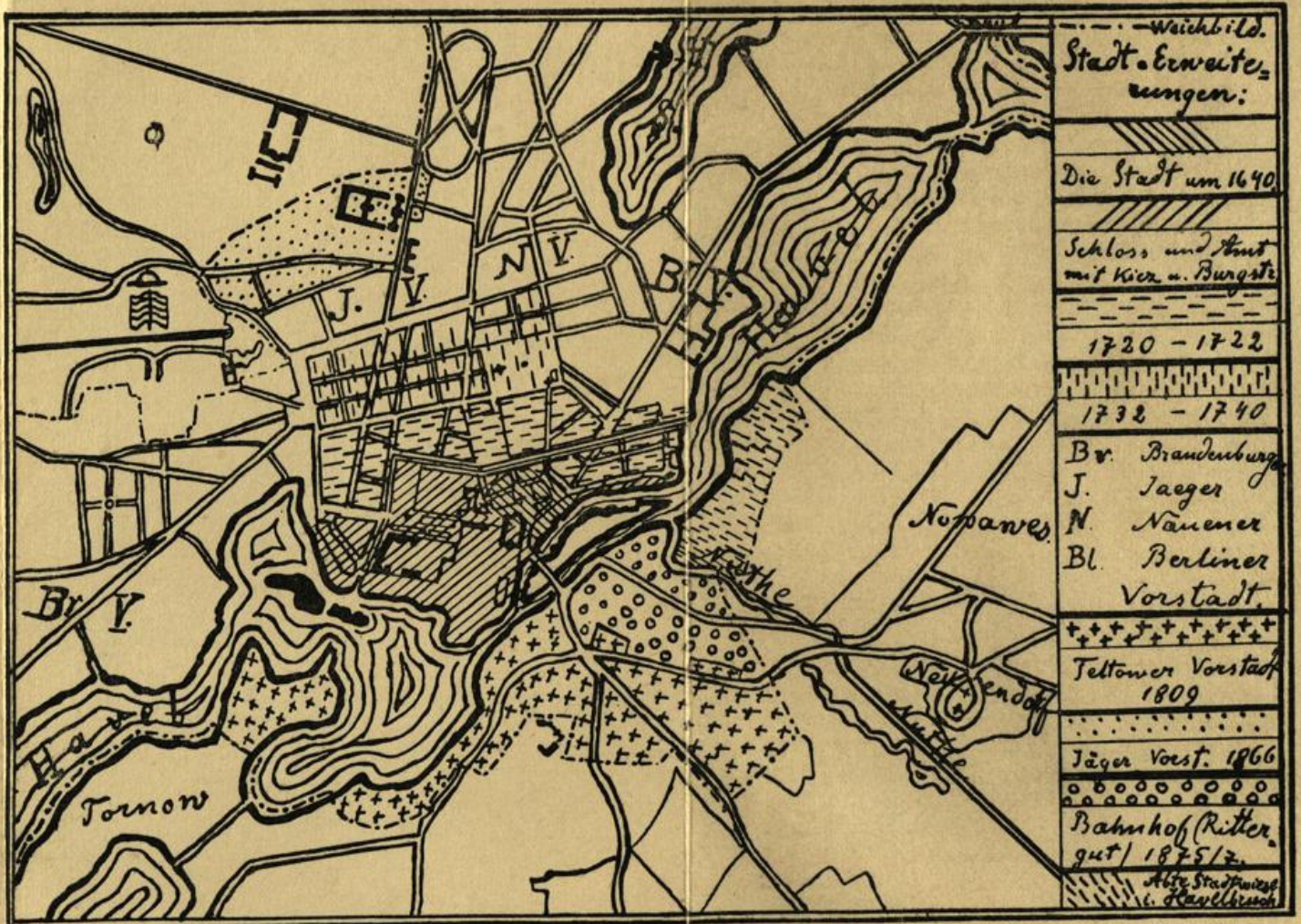
Jahr	Liegen- schaften	Kapitalien	Einnahmen	Ausgaben
	M.	M.	M.	M.
1860	125 085	942 900		
1871	205 806	1 193 874	1 366 080	1 360 221
1880	455 460	1 803 842	3 371 642	1 100 709
1890	—	2 991 815	3 039 268	3 004 500

Danach sind die jährlichen Einnahmen von 1871 bis 1890 um mehr als das Doppelte gestiegen. Der Überschuß der Aktiva über die Passiva betrug 1870 annähernd 1 200 000 Mark, im Jahre 1890 dagegen 2 831 024 Mark. Einen wesentlichen Anteil der Jahreseinnahme stellte der Ertrag der seit 1875 nach Aufhebung der staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer in wenigen Preussischen Städten wegen örtlichen Bedürfnisses als Kommunalsteuer bestehenden gebliebenen Schlachtsteuer dar, der sich 1880 schon auf 239 218 Mark belief; ferner der Ertrag der Gemeindesteuer, der sich von 120 910 Mark im Jahre 1870 auf 510 797 Mark im Jahre 1891 erhöhte.

Die Grundfläche des Stadtgebietes wurde mehrfach erweitert. 1860 erwarb die Stadt das Gelände des jetzigen neuen Friedhofs; seit 1866 fanden hier

Beerdigungen statt. Eingemeindet wurden ferner 1866 vom Gutsbezirk Bornstedt 22,98,00 ha nämlich das Gelände von der Augustastraße bis an den Königsweg und an der Jägerallee; 1875 und 1877 vom Rittergutsbezirk Potsdam 32,09,00 ha, nämlich das Gelände des Bahnhofs und der benachbarten Grundstücke. Durch diese Eingemeindungen wuchs die Einwohnerzahl um 426 Seelen. 1877 erwarb die Stadt die beiden Hoffmannschen Grundstücke in der Teltower Vorstadt vom Forstfiskus. 1878 übernahm die Stadt von der Provinz Brandenburg die Provinzialkunststraßen, soweit sie im Weichbilde der Stadt lagen; dieser Gebietserwerb wurde später für die einheitliche Ausgestaltung des Verkehrs-, Pflasterungs- und Beleuchtungswesens, zugleich für die allgemeine Entwicklung der Vorstädte wichtig. Einen Gewinn an Grundfläche bedeutet auch die 1875 vollendete Zuschüttung des Bassins. Die Gesamtfläche des städtischen Gebietes belief sich 1880 auf 1339 ha; davon waren (einschließlich der Hofräume) bebaut 237 ha. Die Zahl der gebäudesteuerpflichtigen Grundstücke wuchs von 1668 im Jahre 1871 auf 2103 im Jahre 1890.

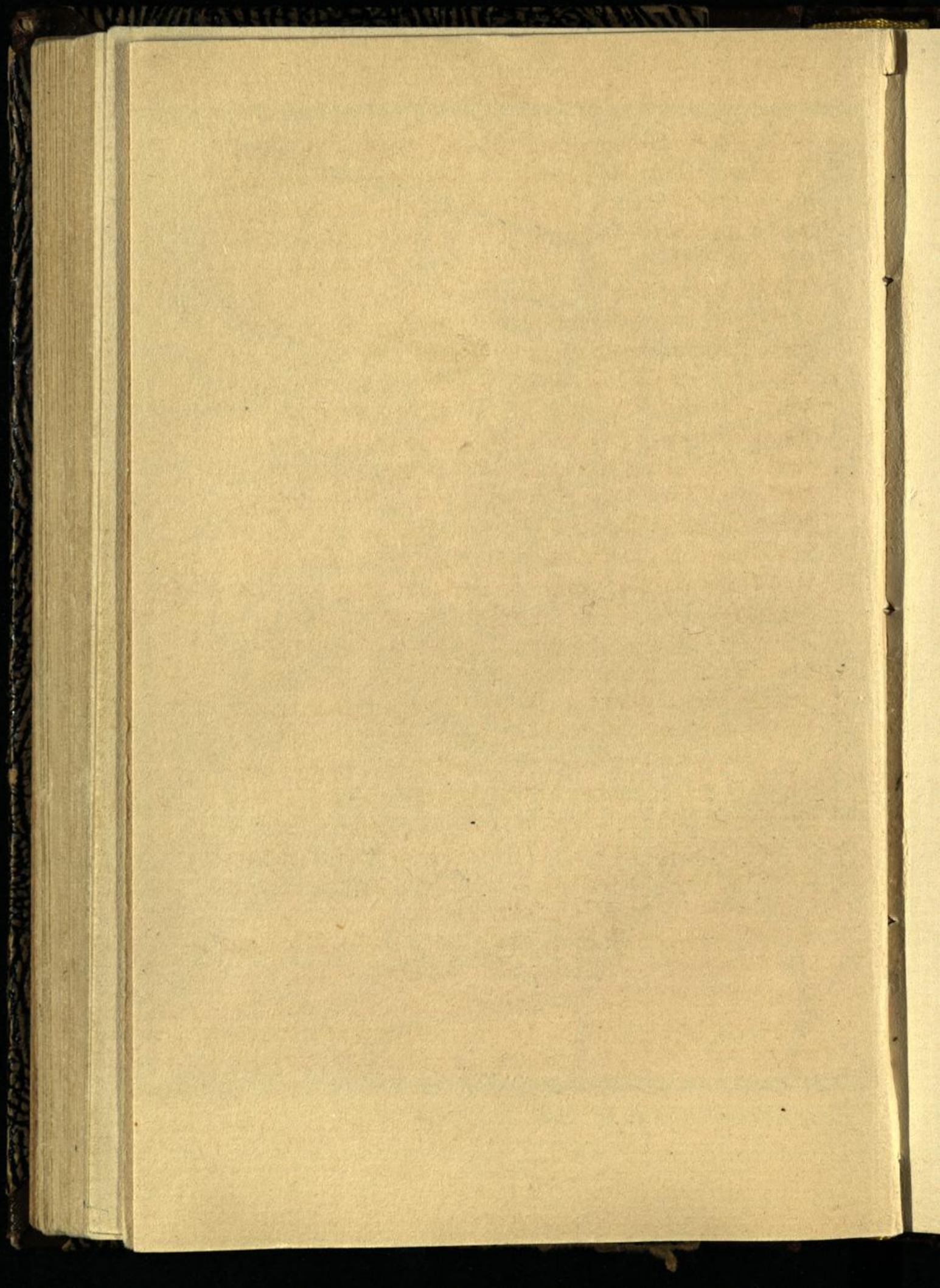
Das äußere Bild der Stadt veränderte sich nur in geringem Maße. Einige neue Züge erhielt es durch die Errichtung von mehreren öffentlichen Gebäuden. Unter diesen ist vornehmlich die neue katholische Kirche zu nennen, die in den Jahren 1867/68 auf dem durch Zuschüttung bereits gewonnenen Gelände des Bassinplatzes nach dem Entwurf des Geh. Oberbaurats Salzenberg erbaut und am 7. August 1870 eingeweiht wurde. Ferner entstanden 1868/69 die Kasernen des 3ten Garde-Mannregiments, 1880 bis 1883 das Landgerichtsgebäude, dessen reiche Schauseite nach den Wünschen der kunstfinnigen



Skizze der Stadterweiterungen und Eingemeindungen.

S. Saedtel 1911.

T 27



Kronprinzessin gebaut wurde, 1888 das Haus der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft in der Spandauer Straße; an städtischen Bauten insbesondere wurden errichtet: 1878 das Viktoria-Gymnasium, 1879 die Zentralturnhalle, 1880 bis 1889 die Gemeindeschulen in der Heinrich- und Margarethenstraße.

Einen wesentlichen Fortschritt in der Fürsorge für die Gesundheit der Einwohner bedeutet die Anlage der Wasserleitung und Kanalisation. Das erste Potsdamer Wasserwerk wurde in der Bertinistraße 1875/76 von einer Londoner Aktiengesellschaft erbaut; die Anlage der Leitung war im September 1877 vollendet. Die Stadt kaufte das Werk 1890 zum Preise von 1 026 000 Mark. Dringend notwendig war die Kanalisation, wenn auch nicht mehr, wie bis in die Mitte des Jahrhunderts noch, die für die Garnison und das große Waisenhaus unter den Kanalbrücken angelegten Latrinen in Gebrauch waren.

Dem weiteren Ausbau der Verkehrswege widmeten die städtischen Behörden ihre unausgesetzte Aufmerksamkeit; zahlreiche Straßen und Plätze wurden mit Aufwendung sehr beträchtlicher Mittel neu gepflastert.

Von außerordentlicher Bedeutung für die innere und die auswärtige Verkehrsentwicklung wurde der Neubau der Langen Brücke. Dem beständig wachsenden Verkehr genügte die alte Brücke, die nur halb so breit war wie die neue, nicht mehr; der gefährliche, auch hemmende Eisenbahnübergang an der südlichen Rampe, ebenso der oft als Verkehrshindernis wirkende Schiffsdurchlaß mußten beseitigt werden. Die neue Brücke wurde durch den Reg.-Baumeister Müller 1887/88 nach dem Entwurf des Geh. Oberbaurats Wiebe in massiven Steinbogen erbaut und im Juli 1888 dem Verkehr übergeben. 1895 wurde sie

mit Fahnenmasten, acht Trophäengruppen und acht Kriegergestalten — Sinnbildern der preussischen Heeresgeschichte — geschmückt; am 11. April 1901 wurde das von der Provinz Brandenburg auf der Freundschaftsinsel am westlichen Rande der Brücke errichtete Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. (nach Herters Entwurf) enthüllt.

Einen nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung des inneren Verkehrs und weiterhin auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung übte die Schaffung eines neuen Verkehrsmittels aus: die Firma Gülich u. Komp. baute auf Grund des im Jahre 1879 mit der Stadt geschlossenen Vertrages im Jahre 1879/80 die „Potsdamer Pferde-Eisenbahn“, die vorläufig die drei Strecken von der Langen Brücke bis zum Anfang der Viktoriastraße, bis zur Allee-straße und bis zur Glienicker Brücke umfaßte. 1888 wurde die Straßenbahn über die Lange Brücke bis zum Bahnhof weitergeführt.

Umfassende Fürsorge und nachhaltige Arbeit widmeten die städtischen Körperschaften der Umgestaltung des Volksschulwesens. Wie früher in der Gerichtsverfassung, so walteten bis 1875 im Schulwesen der Stadt Zerrissenheit und Planlosigkeit vor; abgesehen von den städtischen höheren Schulen (Gymnasium, Realgymnasium) und Mittelschulen (höhere Bürger-Knabenschule, höhere Töchterschule, Charlottenschule) bestanden neben 7 städtischen, mehrere konfessionelle und private Elementarschulen. Auf Grund der im Jahre 1877 erlassenen Bestimmungen wurden die Elementarschulen in der Hauptsache einheitlich gestaltet. Knaben- und Mädchenschulen wurden getrennt; ein einheitlicher, und zwar sechsstufiger Lehrplan wurde für alle Elementarschulen festgesetzt; in den folgenden Jahren wurden auch die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse

der Lehrerschaft einheitlich geregelt. Die katholische Knabenschule hatte die Stadt schon 1866 übernommen, während die katholische Mädchenschule als Privatschule bestehen blieb. Die Garnisonsschule mit 222 Kindern übernahm die Stadt 1876; aufgehoben wurden ferner die jüdische und die französische Schule, die „Hofschule“ am neuen Garten, die Frankische, Armenhaus-, Kreuzstraßen-, Waisenstraßenschule. Neu errichtet wurden Ostern 1879 die Mädchenschulen in der Nauener und Heinrichstraße, die Knabenschulen an der Nauener Brücke, in der Jägerstraße und in der ehemaligen Eisenhartschule.

Das Viktoria-Gymnasium wurde 1879 aus dem alten Schulgebäude in der Nauener Straße in den an der Kurfürstenstraße errichteten Neubau verlegt. Die äußere Entwicklung der städtischen Schulen läßt nachfolgende, zugleich den wachsenden Wohlstand und das wachsende Bildungsbedürfnis der Einwohnerschaft wiederpiegelnde Übersicht erkennen:

Jahr	Schülerzahl		
	1843	1861	1890
Viktoriagymnasium	300	292	474
Realgymnasium	—	282	212
Realschule	—	—	188
höhere Bürgerschule	463	310	350
höhere Töchterschule	315	322	415

Jahr	Schülerzahl		
	1843	1861	1890
Charlottenschule	315	190	590
städtische Elementar- schulen	2 082	2 629	4 665
kathol., franzöf., jüd. Schule	220	etwa 300	

Die im Jahre 1879 für das ganze deutsche Reich herbeigeführte Änderung der Gerichtsverfassung löste das Kreisgericht Potsdam in das Amtsgericht ohne Beelitz und Werder (aber mit Rezin) und in das Landgericht auf, zu dem auch die Amtsgerichte Rathenow, Brandenburg, Werder, Beelitz, Treuenbriezen, Jüterbogk, Luckenwalde, Dahme und Baruth gehören. Für den Kammergerichtsbezirk mit Ausnahme der Berliner Gerichte wurde 1910 eine besondere Anwaltskammer mit dem Sitze in Potsdam gegründet.

Im Dienste der Wohlfahrtspflege wurden eine Anzahl segensreich wirkender Anstalten geschaffen. 1865 begründete der Superintendent Schulze auf dem von einer ungenannten Stifterin geschenkten Grundstück in der Saarmunder Straße eine Erziehungsanstalt für schwach sinnige Kinder — das Wilhelmstift; 1868 wurde die Anstalt erheblich erweitert. In demselben Jahre entstanden das Friedrichstift in der Viktoriastraße, das von der Königin Elisabeth begründete evangelische Lehrer-Witwenhaus am Zimmerplatz und in Verbindung damit das Altenhausstift in der Lennéstraße, als Asyl für betagte, arbeits-

unfähige Frauen, begründet von dem Hofprediger Heym aus Mitteln der Friedenskirchengemeinde. Ebenfalls 1868 entstand in der Zimmerstraße das katholische Rettungs- und Waisenhaus, verbunden mit der St. Josephskapelle, im Anschluß daran das St. Josephs-Krankenhaus 1872; diese Anstalten verdankten im Wesentlichen ihre Gründung der rührigen Tätigkeit des Pfarrers der katholischen Gemeinde, Erzpriesters Beyer. 1874 stifteten der Schuhmachermeister Brandt und seine Ehefrau ihr Haus Französische Straße 19 zu einem Mädchen-Waisenhaus für Töchter des mittleren Bürgerstandes.

3. Von 1890 bis zur Gegenwart.

Die letzten zwanzig Jahre der Stadtgeschichte wurden gekennzeichnet durch rege Bautätigkeit, außerordentliche Zunahme des Verkehrs, insbesondere des Fremdenverkehrs, wachsenden Wohlstand der Bürgerschaft, bedeutende Unternehmungen auf zahlreichen Gebieten städtischer Verwaltung.

Das Stadtbild wurde an vielen Stellen wesentlich verändert durch staatliche und städtische Neubauten, eine Reihe neuer Geschäftshäuser an den Hauptstraßen der Innenstadt, große Schmuckplätze, neue Verkehrs- und Beleuchtungseinrichtungen. Im Westen und Nordwesten wurden Innenstadt und Vorstädte unmittelbar verbunden, nachdem die unschönen roten Ställe des I. Garde-Ulanenregiments in den 1890er Jahren an der Hohenzollern- und Kaiser Wilhelmstraße teils abgebrannt, teils nieder-

gelegt worden waren. An hervorragenden Neubauten sind zunächst die neuen Dienstgebäude der Reichs- und Staatsbehörden: des Hauptpostamts (1900), des Rechnungshofes des Deutschen Reiches (1907), der Königlichen Regierung (1902—6), der Kadettenanstalt und des Amtsgerichts in der Kaiser Wilhelmstraße (1910). Unterrichts- und Erziehungszwecken sind gewidmet: Die Königliche Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in der Neuen Königstraße (1909), das Kaiserin Augustastift in der Mirbachstraße (1902), das Königliche Realgymnasium in der Kaiser Wilhelmstraße, die städtische Vorschule in der Junkerstraße und die Gemeindeschulen in der Kurfürstenstraße, endlich der Erweiterungsbau der höheren Mädchenschule in der Bäckerstraße. An kirchlichen Neubauten entstanden die Erlöserkirche mit Gemeindehaus in der Auguste Victoriastraße (1898), die Pfingstkapelle mit Gemeindehaus in der Großen Weinmeisterstraße (1900), die Altlutheranerkirche in der Behlertstraße (1902). Sozialen Zwecken dienen: das Auguste Victoria-Krankenhaus von 1890, ein Klassentrankenhaus neben dem städtischen in der Türkstraße, das Luisenhaus in der Behlertstraße, das Kaiser Wilhelmstift in der Weissenburger Straße und das Hasenheyerstift in der Sophienstraße (1898). Das Stadtbild im Rahmen der Landschaft erhielt neue Züge durch die Errichtung der Kriegsschule auf dem Brauhausberge (1902) und den Neubau der Glienicker Brücke (1908). Ausgedehnte gärtnerische Anlagen ließ die Stadt herstellen auf dem Gelände der ehemaligen Manenställe an der Hohenzollern- und Kaiser Wilhelmstraße, auf dem Bassinplatz und an der Plantage, wo am 23. 5. 1901 das Denkmal Friedrichs des Großen enthüllt wurde. Inmitten der von der Königlichen

Hofgardendirektion umgestalteten Schmuckanlage des Luisenplatzes erhebt sich seit Oktober 1903 das Denkmal Kaiser Friedrichs III.

Ein neuer Stadtteil entstand in dem früher sumpfigen Gebiet zwischen Bassin, Berliner und Nauener Vorstadt, den sog. „Stieffschen Wiesen“. Hier legte der Unternehmer Rohde auf Grund des im Juli 1897 geschlossenen Vertrages in den folgenden Jahren vier neue Straßen an und erbaute eine Anzahl vornehmer Wohnhäuser, die in ihrer äußeren Gestalt zum Teil die Formen der benachbarten holländischen Kolonie nachklingen lassen. Diese neuen Straßen gewährten eine schnellere Verbindung zwischen der Innenstadt und der Berliner Vorstadt, namentlich auch der Glienicker Brücke.

Der rührigen Tätigkeit der Arbeiterbauvereine verdanken die Arbeiteransiedlungen „Cecilienhöhe“ an der Leipziger Straße, „Dahheim“ am kleinen Exerzierplatz und die Ansiedlung an der Neuen Luisenstraße ihre Entstehung. Umfangreiche Neubauten führte der Beamtenwohnungsverein in der kleinen Weinmeisterstraße und in der Prinz Louis Ferdinandsstraße aus, um den Beamtenfamilien zweckmäßige und billige Wohnungen zu bieten.

Das öffentliche Beleuchtungswesen wurde erheblich verbessert durch die Einführung des Gasglühlichts, des elektrischen Bogenlichts und des Nernstlichts. Das städtische Elektrizitätswerk in der Neuen Luisenstraße wurde am 13. 9. 1902 vollendet.

Die Pferdeeisenbahn wurde im Jahre 1904 von der Stadt übernommen; da die Bahn den Bedürfnissen des gesteigerten Verkehrs nicht mehr genügte, wurde der elektrische Betrieb im September 1907 eingeführt. Zugleich wurde das Betriebsnetz der Straßenbahn

mehrfach erweitert: Die Linie A wurde über den Bahnhof Charlottenhof hinaus durch die Neue Luisenstraße, die Kastanienallee und die Viktoriastraße geführt. Den bestehenden Linien wurde die Linie D — von der Langen Brücke durch die Alte Königstraße nach Nowawes — hinzugefügt.

Der stets wachsende innere und Durchgangsverkehr bedingte eine allgemeine Verbesserung der Verkehrswege. Demgemäß wurden in den Jahren 1905 bis 1910 die wichtigsten Straßenzüge (Neue Königstraße, Nauener, Brandenburger, Charlottenstraße, Kaiserstraße) mit einem außerordentlichen Kostenaufwand asphaltiert oder neugepflastert. Verkehrshindernisse wurden beseitigt dadurch, daß man die alte Stadtmauer — bis auf eine kurze Strecke an der Fischerstraße — abbrach und die Stadt Tore, vom Neustädter Tor abgesehen, freilegte. Als der Staat in den Jahren 1903 bis 1905 den Damm der Eisenbahn Berlin - Magdeburg höher legen ließ, wurden die Straße am Riewitt, die Alte Luisenstraße und der Werder'sche Weg unterführt, zugleich die verkehrshemmenden Eisenbahnübergänge beseitigt.

Bedeutsam für die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege wurden die Vollendung der Kanalisation durch die Anlage der Klärstation in der Neuen Luisenstraße (1895), ferner die Errichtung des städtischen Schlachthauses in der Leipziger Straße (1894) und die Eröffnung des städtischen Wasserwerkes für die Seltower Vorstadt (28. 9. 1900).

Die Einwohnerzahl vermehrte sich von 54 161 im Jahre 1890 auf 61 414 (einschließlich Militär) im Jahre 1905. In dem Zeitraum von 1871 bis 1905 betrug die Zunahme 40,11%. Für den steigenden Wohlstand der

Bürgerschaft sprechen die erhöhten Steuerleistungen; an Staatseinkommensteuer wurden aufgebracht:

- a. von Einzelpersonen 1893: 592 446 M.,
1901: 718 362 "
1907: 918 190 "

b. von Körperschaften 1907: 22 604 M. Während die Bevölkerung von 1893 bis 1901 sich um 9,5% vermehrte, wuchs der aufkommende Jahressteuerbetrag um 21,3%; innerhalb des gleichen Zeitraums stieg das Gesamteinkommen der Bevölkerung

- a) aus Kapital um 13,9%
- b) aus Grundvermögen um 22,3%
- c) aus gewinnbringender Beschäftigung um 28,6%.

Das Maß der finanziellen Leistungsfähigkeit der Einwohner läßt auch der städtische Haushalt erkennen; er schließt 1905 in Einnahme und Ausgabe ab mit 4 142 475 Mark. Die Gestaltung der städtischen Finanzen wurde wesentlich beeinflusst durch die Beseitigung der Schlachtsteuer (31. 3. 1909), die Einführung der Biersteuer (1895), Umsatz- und Lustbarkeitssteuer (1909). Das Vermögen der Stadt belief sich 1905 auf rund 12 Millionen Mark, eine Summe, die sich aus folgenden Werten zusammensetzt:

- a) Liegenschaften 9 779 744 M.,
- b) Kapitalien 1 098 170 M.,
- c) Stiftungsvermögen 1 363 612 M.

Diesen Aktiven standen gegenüber Passiva im Betrage von 7 591 754 M.

Was die Stadtgemeinde an Grundbesitz im 18. Jahrhundert durch die Verlegung der Gärten bei den Stadterweiterungen, durch Unachtsamkeit und Vererbpachtung (die 1850 gesetzlich zu freiem Eigentum der Pächter

wurde) verloren, sucht sie jetzt durch Grundstückskäufe (Rest der Stieffschen Wiesen, Freundschaftsinsel) wieder einzubringen. Ihr wird dadurch Einfluß auf eine gesunde Bodenpolitik ermöglicht.

Dem Wachstum der Einwohnerzahl und dem steigenden Verkehr entsprach ein lebhafter Aufschwung des gewerblichen Lebens, äußerlich gekennzeichnet u. a. durch die Eröffnung zahlreicher zum Teil vornehm ausgestatteter Ladengeschäfte an den Hauptstraßen der Innenstadt und die Einrichtung neuer Geschäftsräume mehrerer Banken. Während die Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe in dem Zeitraum von 1882 bis 1895 sich (um 123) vermindert hatte auf 3946, vermehrte sich die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen von 10 552 auf 14 328, d. h. um 35%. Im Handelsgewerbe insbesondere wurden 1895 beschäftigt 2323 Personen (mehr 760); hier vermehrte sich die Zahl der Betriebe (um 14%) auf 878. Der aufkommende Jahresbetrag der Gewerbesteuer wuchs von 60 127 im Jahre 1890 auf 70 167 im Jahre 1905. Seit dem 7. Februar 1905 besteht in Potsdam ein Kaufmannsgericht unter dem Vorsitz eines besoldeten Magistratsmitgliedes. Kaufmännische Fortbildungsschulen wurden für Männer 1899, für Mädchen 1910 begründet; diese Anstalten wiesen im Jahre 1910 insgesamt 249 Schüler auf.

Eine Handelskammer hat Potsdam seit 1899, die aber ihren Sitz nach Berlin verlegte (!). Für den Regierungsbezirk Potsdam (außer Berlin und Charlottenburg) wurde 1900 eine Handwerkskammer mit dem Sitz Potsdam gebildet.

Die Unterschiede des alten und neuen Potsdam spiegeln sich besonders anschaulich wieder in der Entwicklung der Vorstädte. Das einstige Bild der

Vorstadt mit vereinzelt einstöckigen Gärtner- und Arbeiterhäusern zwischen Äckern, Wiesen und Gräben, mit zahlreichen Bockwindmühlen, so auf dem Brauhaus-, Pfingst- und Mühlenberge, sowie am Heiligen See, ist verschwunden bis auf spärliche Reste. Nachdem schon zur Zeit Friedrich Wilhelm III. Villa Ingenheim in der Neuen Luisenstraße, Villa Jacobs in der Bertinistraße, sodann unter König Friedrich Wilhelm IV. vor dem Brandenburger Tore, in der Kapellenberg- und Augustastrasse eine Reihe von Landhäusern erbaut worden waren, entstanden bald nach 1870, hauptsächlich aber in den beiden letzten Jahrzehnten zahlreiche große Mietshäuser, vornehmlich in der Brandenburger Vorstadt. Hier, wie auch in den Landhäusern der Berliner und Nauener Vorstadt, wohnt jetzt der größte Teil der Beamtschaft. Zahlreiche neue Straßen entstanden in der Brandenburger und Berliner Vorstadt, deren fernere Gestaltung seit 1905 durch umfassende Bebauungspläne geregelt wurde. Seit der Zeit König Friedrich Wilhelms III. wurden größere gewerbliche Betriebe mehr und mehr in den Vorstädten angelegt, so von privaten Unternehmern die Brauereien in der Teltower Vorstadt, die Seidenfabrik und verschiedene Sägemühlen; vom Staate die Dampfschiffbauerei und die Dampfmühle (später Proviantamt) in der Neuen Luisenstraße. Die Stadt selbst legte ihre Wasserwerke in der Nauener und Teltower Vorstadt, Klärstation und Elektrizitätswerk vor dem Brandenburger Tore, das Straßenbahndepot vor dem Berliner Tore an. Die meisten neuen Wohlfahrtsanstalten — Wilhelmsstift, Bürgerstift, Rückertstift u. a. m. — wurden in den Vorstädten begründet. Die Beseitigung der Stadtmauer, die Freilegung der Tore und der Erwerb

Ihm wurde 1825 die Schulabteilung des Waisenhauses beigegeben, aus der sich die vier Kompagnien starke Unteroffizierschule entwickelte. 1859 folgte die Errichtung der Kriegsschule. Auf zwei Kompagnien wurde die Kadetten-Voranstalt vermehrt.

Das Verhältnis zur Stadt ist ein gänzlich anderes geworden. Dem sehnlichen Wunsche der Bürgerschaft entsprechend wurde 1820 allgemein die Naturaleinquartierung aufgehoben und die Stadt auf Service gesetzt. Der von dem mehrjährigen Dienst jetzt voll beanspruchte, nicht mehr mit bürgerlichem Erwerb befaßte und unbeweibte, Soldat wurde kaserniert und nur, wo die Kasernenbauten noch nicht ausreichten, in Bürgerquartiere gelegt, aber gegen Zahlung des Services, den der ärmere Bürger gern nahm. So lag das 2. Grenadier-Bataillon des 1. Garderegiments bis zur Übersiedlung in die Kaserne an der Riezbrücke (1878) im holländischen Viertel in Quartier.

Statt der gleichmäßigen Durchsetzung der Stadt mit Soldaten liegen jetzt die mächtigen Kasernen, Ställe und Garnisonanstalten (darunter die drei großen Proviantmagazine am Kellertor, in der Leipziger und der Neuen Luise-Strasse sowie das neue seit 1894 gemeinschaftliche Garnisonlazaret) wie Inseln im Stadtbilde und geben ihm ein hervorstechendes Gepräge. Und für das Wirtschaftsleben der Stadt ist die Zahl von über 8500 aktiven Militärpersonen von erheblichster Bedeutung. Wo fast jeder achte Einwohner Soldat ist, kann es nicht wundernehmen, wenn Sonntagsnachmittags der Soldat die Straßen der Stadt beherrscht.

